



# 1. MAI NAZIFREI

## KEIN BRAUNER TAG DER ARBEIT IN PLAUEN

Anfang 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik am 1. Mai auf - in Anlehnung an die Massendemonstration am 1. Mai 1856 in Australien, welche ebenfalls den Achtstundentag forderte. Noch bis heute ist dieser Tag wichtig als Zeichen für die Arbeiterbewegung.

Der Mindestlohn wird zwar in Abschwächungen voraussichtlich 2015 kommen, aber 8,50 EURO genügen immer noch nicht, um eine Rente zu erwirtschaften, welche über der Armutsgrenze liegt. Es gibt also noch viel zu tun für die Arbeiterbewegung - als die sich auch die LINKE sieht.

Doch in diesem Jahr wird dieser wichtige Feiertag von rechten Kräften in Plauen für ihre Propaganda benutzt. Es

sind auch keine vogtländischen Nazis, die bei uns ihre fremden- und verfassungsfeindlichen Slogans durch die Straßen von Plauen schreien wollen, sondern bayerische Faschisten vom Freien Netz Süd. In Bayern sind sie schon verboten. Jetzt versuchen sie, im Vogtland ihre Hasstiraden zu verbreiten.

Es hat sich schon ein breites Bündnis gebildet aus dem Runden Tisch für Demokratie und Toleranz Vogtland, dem Aktionsbündnis „Plauen Nazifrei“ und den Gewerkschaften um den DGB. Auch wir als LINKE Vogtland unterstützen alle Protestformen an diesem Tag und fordern alle Vogtländer auf, sich den Demonstrationen anzuschließen. Wir wollen alle nicht, dass unser Vogtland ein brauner Fleck auf der Landkarte wird.

<b>aus dem Inhalt:</b>	Landesparteitag DIE LINKE Sachsen .....	S. 2
	Frauentag 2014 im Vogtland.....	S. 3
	unglaubliche Geschichten.....	S. 4
	AG Kommunalabgaben gegründet .....	S. 5

## 11. LANDESPARTEITAG IN DRESDEN



Auf der Tagesordnung des 11. Landesparteitages, der am 15. März in Dresden stattfand, stand das Wahlprogramm für die Landtagswahl Ende August. Eröffnet wurde der Parteitag durch unseren Landesvorsitzenden, Rico Gebhardt. In seiner Rede warb er für „Besser leben in Sachsen“, was nur mit einem Politikwechsel möglich ist. Dieser Wechsel kann nur gemeinsam mit LINKE, SPD und Grüne erreicht werden. Als drei Leitgedanken im Programmwurf nannte Rico die soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und soziale Zusammenhalt. Dies grenzt die LINKE von der Regierungspartei ab.

Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag, verwies in seinem Grußwort auf die ähnlichen Herausforderungen, vor der die LINKE in Sachsen und Thüringen stehen würden. So müsse im Hinblick auf die zunehmende Aufgabenübertragung an die Kommunen die Finanzierung geklärt werden: „Wer will, dass die Kommunen Aufgaben übernehmen, der muss die Kommunen auch ausfinanzieren!“

Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Linkspartei in Berlin, machte in seiner Rede deutlich, was die neue Regierungskoalition in Berlin in den letzten Jahren gebracht hat. Finanzielle Kürzungen im öffentlichen Dienst, und die Wirtschaft wurde „heruntergewirtschaftet“. Gerne ist er bereit, bei einem Regierungswechsel in Sachsen, Erfahrungen aus der ehemaligen Re-

gierungsbeteiligung in Berlin weiterzugeben.

Katja Kipping stellte nochmal die Position der Partei für die kommenden Europawahlen klar. Ein Rückzug ins Nationale kommt mit der LINKEN nicht in Frage.

Die Einbringung des Wahlprogramms erfolgte durch Verena Meiwald und Sarah Buddeberg, die maßgeblich am Programmwurf mitgearbeitet hatten. Sie lobten die gute Zusammenarbeit der Beteiligten und den Dialog auf hohem Niveau. So, sind in das Programm acht verschiedene Leitlinien eingeflossen. Ein wichtiger Aspekt bei der Erarbeitung war für sie, „was Menschen bewegt - was Menschen bewegen wollen“ und dass der Mensch im Mittelpunkt steht.

In der Diskussion übten die Redner Kritik an der Hochschulpolitik in Sachsen, den 2,6 Milliarden verspekuliertem Geld der Landesbank, der Gesundheitspolitik, keine flächendeckende Schulsozialarbeit - besonders im ländlichen Raum, und dass das Thema Friedenspolitik im Wahlprogramm fehle.

Vor der Abstimmung mussten sich die Delegierten mit den über 150 Änderungsanträgen befassen. Im Anschluss am Abstimmungsmarathon wurde das Wahlprogramm einstimmig beschlossen.

Petra Rank - Plauen

## UNTERSTÜTZER-UNTERSCHRIFTEN FÜR PLAUNER OB KANDIDATEN

Die Plauer Bürgerinnen und Bürger haben ab sofort die Möglichkeit im Plauer Rathaus mit ihrer Unterschrift den parteilosen Oberbürgermeister-Kandidaten Uwe Täschner zu unterstützen.

Uwe Täschner wird als Kandidat von DIE LINKE, SPD und GRÜNE unterstützt. Als parteiloser Kandidat benötigt dieser jedoch mindestens 160 Unterschriften, um zur Wahl antreten zu können.

## REGIONAL BÜRO ERÖFFNET

Die Landesgruppe Sachsen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag unterhält seit dem 26. März ein neues Regionalbüro in Plauen. Unter Beteiligung verschiedener sächsischer Bundestagsabgeordneter der LINKEN wurde das Büro feierlich eröffnet.

*Zu finden ist das Regionalbüro in der Bahnhofstraße 49 in 08523 Plauen, und die Sprechzeiten sind:*

*Montag 13- 18 Uhr,  
Dienstag 12 -18 Uhr,  
Donnerstag 13- 18 Uhr*



Büroeröffnung mit MdB Sabine Zimmermann

## FRAUENKAMPFTAG 2014

Still loving feminism!

Am 8. März, dem Frauentag waren wir als linksjugend [solid] Vogtland nicht mit Blumen-Verteilen beschäftigt. Wir waren mit einer künstlerischen Aktion am Theaterplatz in Plauen präsent und haben ein Zeichen gesetzt gegen jegliche Diskriminierung gegenüber Frauen.

Unser Infomaterial zum Thema konnten wir vollkommen unter die Plauenerinnen bringen und es entstanden einige interessante Gespräche. Zusätzlich waren nahezu den gesamten Nachmittag etwa 15 Leute am Infostand und tauschten sich über das Thema aus oder genossen einfach die Sonne an diesem Samstag.

Die Tradition, Blumen an Frauen zu verteilen, darf gerne weiter bestehen bleiben, doch wir setzen uns gemeinsam mit einem bundesweitem Bündnis für eine neue feministische Offensive ein. Gerechtigkeit statt Blumen!

*Paul Gruber - Plauen*



## FRAUENTAGSVERANSTALTUNG DER LINKEN IN FALKENSTEIN

In guter Tradition lud die LINKE aus dem Göltzschtal zum internationalen Frauentag ein. Wir waren im Hotel „Falkenstein“. Unserer Einladung waren über 70 Frauen und auch hilfreiche Männer erschienen. Es war wieder eine fröhliche Runde.

Wir betonten, dass es sich die Frauen, besonders die zahlreich erschienen Älteren - aber nicht nur diese - verdient haben, für ihre Leistungen besonders in schweren Jahren auch unbeschwert zu feiern. Einen Teil des Programms gestalteten die Frauen selbst.

Anerkennung fanden besonders die beiden Frauen, die uns den orientalischen Tanz näher brachten. Es zeigt sich dabei, dass auch ältere Generationen durchaus mit Engagement und Ausstrahlung Begeisterung hervorbringen können. Bei der anschließenden Modenschau, Tanz und Gesang gab es viel gute Laune und anregende Gespräche zu allen Fragen des Lebens.

Natürlich haben auch die roten Nelken nicht gefehlt. Ein gelungener Nachmittag, für den wir allen Mitwirkenden recht herzlich danken. Wir freuen uns schon auf das kommende Jahr.

*Ursula Mieth - Auerbach/V*

## GRENZÜBERSCHREITENDE FRAUENTAGSFEIER

Am 11. März 2014 trafen sich Frauen der Basisgruppe der LINKEN Klingenthal und der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) Kraslice zu einer gemeinsamen Frauentagsfeier in Kraslice. In der Begrüßung wurde besonders die Rolle der Frauen in der Gesellschaft und in der Familie gewürdigt. Bei Kaffee, Kuchen und beschwingter Musik, erlebten wir einen angenehmen Nachmittag.



*Sieglinde Lindner - Klingenthal*

## DREI UNGLAUBLICHE GESCHICHTEN AUS DEM VOGTLAND

### 1. Teil: Der Müll

Mit Müll lässt sich viel Geld machen. Vor allem, wenn man dieses Geld den Bürgern aus der Tasche ziehen kann. Das haben auch die Vogtland- Müllmänner erkannt. Ich meine jetzt nicht die, die bei Wind und Wetter in jeden Winkel des Kreises fahren, um die schweren Mülltonnen zu leeren oder bei den kreiseigenen Abfallunternehmen beschäftigt sind. Ich meine den Landrat, den Dezernenten Lars Beck und den - als es brenzlich wurde - aus dem Müllgeschäft verschwundenen Fredo Georgi.

Als Erstes überlegten sie gemeinsam, wie man das Volk aus dem schmutzigen Müll(geschäft) heraushalten kann. Sie konstruierten ein undurchsichtiges Firmengeflecht, verdonnerten die Kreisräte in den Aufsichtsräten zur Verschwiegenheit (was diese auch brav befolgten). Im Kreistag wurde ein nicht öffentlicher Müllausschuss gebildet, der ähnlich konspirativ arbeitet wie die Aufsichtsräte.

Da spielt es kaum eine Rolle, dass die Abfallwirtschaft eine hoheitliche Aufgabe des Kreises ist. Auch nicht, dass das Abfallgebühren zahlende Volk alles finanzieren muss.

Der zweite Schritt war dann die Aufhebung der öffentlichen Ausschreibung einer Anlage von 40.000 Tonnen im Jahre 2001. Die Kreis- und Stadträte stimmten mit übergroßer Mehrheit der Vergabe an die Kreisfirma „Deponie Schneidenbach“ zu. Begründung: Dieses Angebot wäre das wirtschaftlichste. Dass aber dieses Angebot durch die Erhöhung der Müllmenge auf 65.000 Jahrestonnen billig gerechnet war, wurde bewusst „übersehen“. Auch die im Vogtland anfallende Abfallmenge von nur noch 35.000 t im Jahr verursachte keine Gewissensbisse. Zur Mengenerhöhung wurde schnell im Kreis die Bioabfallsammlung eingestellt. All das geschah mit der heuchlerischen Begründung der Sorge um niedrige Müllgebühren.

Der Kreistagsbeschluss leitete den

Bau der überdimensionierten Abfallbehandlungsanlage ein. Die Millionen dafür stammen aller Wahrscheinlichkeit nach aus den von den Bürgern gezahlten Rücklagen für die Deponiesanierung. Da „Nehlsen“, das ist die Firma, die für Bau und Betrieb der Anlage in Oelsnitz von Fredo Georgi ins Boot - besser ins Müllauto - geholt wurde, bisher nur mit kleineren Anlagen Erfahrung hatte, gab es mit Betriebsbeginn erst einmal viele Ausfälle. Der Vogtlandmüll musste nach Chemnitz transportiert werden. Als dann die Anlage ohne größere Störungen arbeitete, offenbarte sich „plötzlich“ die Differenz zwischen Kapazität und vorhandener Müllmenge und es fehlten Absatzmöglichkeiten für den produzierten „Ersatzbrennstoff“.

cyclingquoten sind gesetzlich vorgegeben.

Endlich wird Abfall nicht mehr als etwas Schmutziges betrachtet, was schnell verscharrt werden muss, sondern als Rohstoff, als Ressource. In der DDR sprachen wir ja auch von Sekundärrohstoffen! Für die Vogtlandanlage bedeutet das natürlich weiterer Entzug von Müll, Unterauslastung.

Da ich zu den wenigen Kreisräten gehörte, die sich von Beginn an vehement gegen diese Anlage aussprach, unternahm ich in Absprache mit Lars Beck den Versuch, für die Anlage einen zahlungskräftigen Käufer zu finden. Das gelang. Mit zwei Chinesen, die im Interesse der etwa 6 Millionen Einwoh-



Jetzt wurde der behandelte Müll zu einem energetischen Rohstoff hochgejubelt und ein Standort für eine Verbrennungsanlage gesucht. Erst kam Reichenbach ins Gespräch, dann Elsterberg, danach Oelsnitz. Und in trauriger Tradition wurde immer über viel zu große Anlagen diskutiert.

Das neue Europa- und Bundesrecht vom Juni 2012 gilt auch im Vogtlandkreis. Die Abfallhierarchie muss konsequent eingehalten werden: 1. Vermeidung, 2. Vorbereitung zur Wiederverwendung, 3. Recycling, 4. sonstige Verwertung (etwa energetische Verwertung), 5. Beseitigung. Hohe Re-

ner zählenden Stadt Hangzhou die Verhandlungen führen sollten, waren wir vor Ort. Das Kaufangebot wurde signalisiert. Besseres konnte uns im Vogtland nicht passieren!! Aber Herr Beck wollte plötzlich nicht mehr verkaufen. Enttäuscht zogen sich die Chinesen zurück. Die Chance, im Vogtlandkreis doch noch eine preiswerte, bürger- und umweltfreundliche Abfallwirtschaft aufzubauen, wurde erneut vertan.

*MdL Andrea Roth - Tannenbergesthal  
(wird fortgesetzt)*

## AG KOMMUNALABGABEN VOGTLAND GEGRÜNDET!

Seit 1994 gab es die Bürgerinitiative für sozialverträgliche Kommunalabgaben Oberes Göltzschtal. Aber anstatt das 20 jährige Jubiläum zu feiern, beschloss die Mitgliederversammlung mehrheitlich auf Vorschlag des derzeitigen Vorstands ihre Auflösung. Da nutzte auch ein Gegenantrag von Ursel und Volker Mieth und mir nichts und auch nicht die Mahnungen von Joachim Möckel, dass eine Situation eintreten könne, wo die BI gebraucht würde. Zurzeit gäbe es keine brennenden Probleme bei Kommunalabgaben, und sollten Probleme auftauchen, sollte eine neue BI gegründet werden, so die Argumentation des Vorstandes. Das noch vorhandene Geld aus den Mitgliedsbeiträgen der BI - wahrscheinlich reichlich 400 EURO - sollte für Jugendarbeit gespendet werden. Aber das ist nur ein Vorschlag. Die Entscheidung über die Verwendung trifft das Finanzamt.

Wir, die Befürworter der Weiterexistenz der BI, wollten vermeiden, dass sich die BI durch einen harten Streit auf der Mitgliederversammlung zerlegt. Deswegen verzichteten wir darauf, die Argumente gegen unseren

Antrag zu widerlegen und wurden überstimmt. Das heißt aber nicht, dass wir resignieren. Es kann eine Situation entstehen, die eine sofortige Reaktion erfordert, und dann ist es wenig wirksam, wenn nur wenige Bürger in der Presse protestieren oder sich mit Forderungen an den Landrat wenden. Deshalb beschlossen die Mieths und ich: Wir organisieren die Gründung einer Arbeitsgruppe (AG) Kommunalabgaben bei der Partei DIE LINKE.

Zunächst dachten wir nur an die Genossen und Sympathisanten des Oberen Göltzschtals, dann aber kam der Vorschlag: Warum nicht fürs ganze Vogtland? Müllgebühren z.B. treffen alle. Alle Genossen der aufgelösten BI Kommunalabgaben erklärten sich sofort zur Mitarbeit in der AG bereit; außerdem weitere Genossen aus dem Oberen Göltzschtal und aus anderen Teilen des Vogtlandes und auch Parteilose. Zur Zeit hat die AG bereits xxx Mitglieder. Prominentes Mitglied in unserer AG: Luise Schrickler, die erste Vorsitzende der aufgelösten BI!

Die Mitgliedschaft in der AG Kommunalabgaben Vogtland bei der LINKEN

soll für die Mitglieder nicht mit häufigen Versammlungen und viel Arbeit verbunden sein. Wir wollen uns vor allem über Telefon und E-Mail verständigen. Und natürlich kostet sie auch nichts! Wir brauchen einen Vorstand und wache Mitglieder, die Signale senden, falls eine Situation im Zusammenhang mit Kommunalabgaben entsteht, gegen die berechtigter Widerstand nötig ist. Und den müssen wir dann gemeinsam organisieren!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, überlegt bitte, ob euch eine Mitgliedschaft in unserer Arbeitsgruppe möglich wäre! Je mehr Mitglieder wir sind, desto höher kann der Druck sein, den wir im Ernstfall ausüben wollen! Erklärt eure Mitgliedschaft bei Ursel und Volker Mieth oder bei mir per Telefon oder Mail oder persönlich! Kontakt: Ursula und Volker Mieth, Tel.: 03744/212593; E-Mail: volker.mieth@t-online.de oder: Dorothea Wolff, Tel.: 03744/80116, E-Mail: dorthea.wolff@arcor.de

*Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.*

## RAUES KLIMA FÜR DIE LINKEN IN HOF

Bayrische Kommunalwahlen 2014 - Ergebnisse im bayrischen Vogtland: Stadt Hof

*Der Vogtlandbote sprach mit Eva Petermann, Kandidatin auf der Liste der LINKEN:*

### **Bist du mit dem Wahlergebnis für die Liste der LINKEN zufrieden?**

Ja. Die LINKE hat ihren Sitz halten können. Die Linken waren mit ihren Forderungen präsenter denn je. Das ist in einer antikommunistischen CSU-Hochburg wie Hof eine große Leistung für unseren kleinen Aktivisten-Haufen aus LINKEN, Parteilosen (wie der Spitzenkandidat Thomas Etzel) und DKP-Mitgliedern. Natürlich hatten wir uns mehr als 2,9 Prozent erhofft.

### **Wie erklärst du dir die Stimmenverluste im Vergleich zu 2008?**

Mit 1,7 Prozent Verlusten liegen wir im Landestrend. (Wobei lokal unterschiedlich vor allem aktionsorientierte Linksbündnisse durchaus punkten konnten, wie in Bamberg, Coburg oder Nürnberg.) 2008 kam es zu einem linken „Boom“ durch die Massenbewegung gegen die kapitalistische Krise und wegen der Wut auf die Große Ko-

alition in Berlin. Quasi aus dem Stand zog die LINKE seinerzeit ins Hofer Rathaus ein. Dass heuer nicht einmal jeder Zweite (in Hof 41,2 Prozent) gewählt hat, hat sicher mit dem Frust über eine erneute GroKo zu tun. Darüber hinaus mit der Erfahrung, dass die eigentlichen Entscheidungen ganz woanders, auf den Börsen und Vorstandsetagen, fallen. Nicht zuletzt haben landesweit zum Teil obskure Wähler-Neugründungen im Protestwählerpotential der Linken gewildert, wie in Hof die sogenannten „Franken“ mit auf Anhieb über 5 Prozent!

### **Was hat der linke Stadtrat in der vergangenen Wahlperiode erreicht?**

Thomas Etzel hat regelmäßig vernünftige Anträge gestellt, vor allem zu sozialen Themen. Ohne Mehrheit im Gremium und ohne Massendruck ging da allerdings nix. Nachweisbar erfolgreich war er im Bereich Antifaschismus. Mit mehreren Umbenennungen wurde ein Teil brauner Erblast aus dem Stadtbild entfernt. So hat nicht nur die

Bundeswehrkaserne einen neuen Namen bekommen. Und es wurden endlich wenigstens einige Widerstandskämpfer öffentlich geehrt. Durchsetzen konnten wir dies einzig und allein, weil das Bündnis „Hof ist bunt“ eine in der Form neue Mobilisierung der Öffentlichkeit erreichte, ursprünglich zur Abwehr eines Nazi-Aufmarsches am 1. Mai 2012.

### **Was sind die Schwerpunkte für die Zukunft?**

Das Klima in Hof bleibt rauh für uns Linke. Da gilt: Weniger ist mehr. Zum einen Aktionen gegen die Armut und für Einführung eines Sozialpasses. Zweitens für einen Subventions-Stopp beim Luxus-Artikel Flughafen Hof-Pirk, nach dem Plauener Vorbild, und für Umverteilung des Reichtums. Richtiges zu fordern ist gut. Gemeinsam Massendruck zu entwickeln und den ins Rathaus zu tragen ist besser. Anders wird's auch hier nicht gehen.

*Danke für das Gespräch.*

## WARTE, WARTE NUR EIN WEILCHEN!

Gut unterrichtete Kreise haben erfahren, dass es in Zukunft keine Arzttermine mehr geben soll, wenn der Patient krank ist. Das wäre eine unzumutbare Härte für einen Mediziner. Die Ansteckungsgefahr, all die schrecklichen psychischen Probleme dieser Verrückten; die ungute Hast, weil immer alles so schnell gehen muss.

Nein, künftig dürfen nur noch Gesunde in die Praxis kommen und Kranke können sich dann im Krankenhaus anstellen, wo sie - wie der Name schon sagt - auch hingehören. So können Gesunde in Ruhe abwarten, bis sie endlich einen Termin beim Augenarzt bekommen. 18 Monate? Kein Problem. In Cottbus hat man die Idee begeistert aufgegriffen und weiterentwickelt.

Leute, die es aufgrund persönlicher Akzentuiertheit nicht anderthalb Jahre aushalten, ohne ihren Augenarzt zu konsultieren, berappen 50 Euro für einen Komforttermin. Das ist der Preis für ein Auge. Für zwei gibt's Rabatt. Ein paar frische Eier, ein Korb voll frischer Schwämme oder eine goldene Uhr können gern beigelegt werden.

Zum Gelde drängt, am Gelde hängt doch alles Ach, wir Armen!

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## ÖFFENTLICHER DIENST: TARIFFORDERUNGEN ERFÜLLEN!

DIE LINKE stellt sich hinter die Forderungen von ver.di für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir wollen, dass sie auf Punkt und Komma erfüllt werden. Weil es notwendig und das Mindeste ist! Dazu hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag einen Antrag eingebracht.

Um satte zehn Prozent haben die Bundestagsabgeordneten ihre Diäten erhöht. Eigentlich hätte ver.di eine genauso hohe Forderung stellen können. Dann wäre zumindest der Rückstand seit 2000 ausgeglichen. Aber zumindest die im Vergleich dazu eher bescheidene Forderung mit einem Volumen von knapp sieben Prozent muss verwirklicht werden! Die Gewerkschaft ver.di fordert einen Sockelbetrag von 100 Euro plus 3,5 Prozent für die Beschäftigten. Bund und Kommunen sollen schleunigst der Tarifierhöhung zustimmen.

Erstens, und das ist selbstverständlich: Die Qualität des öffentlichen Dienstes ist für alle wichtig. Jeder Bundesbürger nimmt diese Dienste in Anspruch. Und er bekommt gute Arbeit. Gute Arbeit wiederum erfordert gute Bezahlung der Beschäftigten und ausreichend Personal.

Zweiter Grund: Nachholbedarf. Eigentlich müssten die Löhne mindestens gemäß dem verteilungsneutralen Spielraum steigen - also so stark wie Produktivität und Inflationsrate. War das so? Weit gefehlt! Seit dem Jahr 2000 ist dieser verteilungsneutrale Spielraum im öffentlichen Dienst nicht ausgeschöpft worden. Die Lohnerhöhungen blieben zehn Prozent hinter dem zurück, was mindestens nötig gewesen wäre.

Dritter Grund: Gerechtigkeit. Seit dem Jahr 2000 sind die Lohneinkommen real - also unter Berücksichtigung der Preissteigerungen - gesunken. Die Gewinne hingegen sind explodiert. Folge: Es sinkt die Lohnquote, also der Anteil

von Löhnen und Gehältern am Volkseinkommen. Wären die Löhne immer in Höhe des verteilungsneutralen Spielraumes gestiegen, so hätten die Beschäftigten insgesamt eine Billion Euro mehr. Stattdessen aber ist das Geld in den Taschen der Unternehmer gelandet.

Vierter Grund: die Konjunktur. Alle, inklusive die Bundesregierung und ganz vorneweg Sigi Gabriel „unser“ Wirtschaftsminister sprechen davon, dass der private Konsum gestärkt werden muss. Nun, hier ist eine Gelegenheit, dafür was zu tun: Mehr Geld für die 2,1 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen bringt einen deutlichen Schub für die inländische Nachfrage, die bislang vor sich hindümpelt. Das würde die Konjunktur stärken, es würde Deutschland weniger abhängig von den Exporten machen. Und außerdem könnten so die deutschen Exportüberschüsse gemindert werden, die die Euro-Zone bis heute destabilisieren.

Die Forderungen von ver.di kosten Bund und Kommunen etwa sechs Milliarden Euro. Jetzt sage niemand: Das Geld ist nicht da, wir müssen sparen! Nicht die Beschäftigten haben Löcher in die Staatskasse gerissen. Sondern eine völlig verfehlte Finanzpolitik, die gerade den Reichen und Unternehmern immer mehr geschenkt hat. Die Einnahmeausfälle aufgrund der Steuerensenkungen seit 2000 belaufen sich auf rund 500 Milliarden Euro, errechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut IMK. Allein für 2013 fehlten 6,6 Milliarden. Das Geld ist also da, man muss es sich nur holen.

Es bleibt dabei: Es gibt keinen guten Grund, den Beschäftigten steigende Gehälter zu verweigern. Der Bund muss also schleunigst die erforderlichen Finanzmittel in den Haushaltsplan 2014 einstellen und dafür sorgen, dass die Kommunen die Lohnsteigerung finanzieren können. Das ist recht, und das ist billig!

*MdB Michael Schlecht - wirtschaftspolitischer Sprecher der LINKE im Parteivorstand*



## MEHR SCHULVERWEIGERER BEFÜRCHTET

### KINDERVEREINIGUNG Sachsen e.V.

KINDERVEREINIGUNG Sachsen e.V. zeigt mit erfolgreichen FOX - Schülercamps Wege aus Schulfrust und Schulverweigerung / Verein mahnt Kontinuität bei Förderung an / Camps sorgen damit auch für weniger Schulabbrecher in Sachsen

Seit 2008 hat die KINDERVEREINIGUNG Sachsen e.V. mit ihren FOX-Schülercamps ca. 900 sächsischen Schülern Wege aus dem Schulfrust gezeigt und so auch Schulverweigerern wieder Perspektiven geboten. Dass dies notwendig ist, zeigt der laut Chancenspiegel 2013 drittletzte Platz Sachsens bei den Schulabbrechern im innerdeutschen Vergleich. Obwohl die FOX-Camps sehr erfolgreich diesen Umstand auffangen, ist die kontinuierliche Arbeit derzeit durch die unklare Förderlage im Freistaat Sachsen gefährdet.

In den Lernräumen des FOX-Schülercamps in Naunhof herrscht gespannte Stille. Konzentriert beugen sich jeweils fünf Jugendliche über Aufgaben, die extra für sie zusammengestellt wurden und die sie nun gemeinsam lösen. „Dass Schüler in Sachsen in ihren Ferien nichts mehr

von Schule wissen wollen, ist ein Vorurteil, das wir widerlegen können“, meint Karen Pethke, Projektleiterin der FOX-Schülercamps bei der KINDERVEREINIGUNG Sachsen e.V. Derzeit haben sich 35 Kinder und Jugendliche für eine Teilnahme an dem zehn Tage dauernden Camp innerhalb der Winterferien angemeldet. Für viele Teilnehmer sind die Tage der letzte Weg aus Schulfrust oder gar Schulverweigerung.

Dass die Camps ein Erfolgsmodell sind, zeigen einerseits die bisher ca. 900 Teilnehmer seit 2008 und die zahlreichen Anmeldungen für die Sommerferien - dabei ist noch gar nicht sicher, ob diese Camps stattfinden können. Denn die finanzielle Förderung erfolgt vorerst zum letzten Mal durch das Sächsische Ministerium für Kultus und Sport und den Europäischen Sozialfonds für das derzeit laufende Wintercamp. „Wir suchen nach alternativen Finanzierungsmethoden für die Camps in den Sommer- und Herbstferien“, mahnt Pethke in Richtung Politik, „eine Fortsetzung der Förderung wurde uns erst für die Winterferien 2015 in Aussicht gestellt.“ Doch gerade Kontinuität ist in der Arbeit mit den Schü-

lern enorm wichtig. Das zeigt unter anderem die Statistik des Chancenspiegels 2013 der Bertelsmann Stiftung, die das Land Sachsen bei den Schulabbrechern im innerdeutschen Vergleich auf dem drittletzten Platz sieht. „Die FOX-Camps steuern diesem Fakt zwar erfolgreich entgegen“, sagt Olav Schwarz, Psychologe im FOX-Team, „allerdings ist dies oft nicht mit der Teilnahme an nur einem Camp getan. Unsere Teilnehmer können laut Förderrichtlinie bis zu drei Mal teilnehmen und manche brauchen diese Zeit auch, damit es tatsächlich ‚klick‘ macht oder sie auf einem Stand sind, der die Erfolgsaussichten in der Schule reell steigen lässt“, so Schwarz weiter.

Das aktuelle FOX - Schülercamp findet im Freizeit- und Bildungszentrum „Haus Grillensee“, Ammelshainer Straße 1, 04683 Naunhof statt. Teilnehmern können sächsische Schüler der Klassenstufen 7 bis 10, im Ausnahmefall auch der Klassen 5 und 6. Mehr Informationen zu den Camps finden Sie unter: [www.kindervereinigung-sachsen.de/fox.html](http://www.kindervereinigung-sachsen.de/fox.html)

*Claudia Hänsel - Plauen*

### DDR-GESCHICHTE immer im MDR-Duktus?

Die Selbstverliebtheit beim MDR und RBB beim Thema Jugendhochschule Bogensee wird von ihren Pressesprechern treffend beschrieben. Bei der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ wollen die Damen und Herren dort Dramaturgie und Duktus selbst bestimmen. Ist das der Rhythmus, bei dem jeder mit muss? Heraus kommen zumeist „Ost-Entdecker - Geheim-Serien“- in ihrer Linienführung, das heißt des Mainstream.

Friedrich Schorlemmer formulierte schon treffend: „Nostalgische Kuschelsendungen im MDR (unter Führung von Westprogrammdirektoren) wechseln mit propagandistischen Delegitimierungsschmarren wie ‚Die Frau vom Checkpoint Charlie‘. Ein neurotisch fixierter Chef der Stasigedenkstätte wurde zum schmallippigen Scharfrichter über das gesamte Leben in der DDR.“

Im Brief unseres Freundeskreises an die MDR-Intendantin, Frau Prof. Dr. Wille, schrieben wir: „Der Freundeskreis besteht wahrlich nicht nur aus angepassten Ja- und Amen- Sagern aus DDR- Zeit. Wir verkleistern nicht die Beulen an unseren Helmen. In der Geschichte nichts beschönigen, nichts verschweigen, nichts losgelöst von Zeit und Raum sehen und erkennen - das wünschen wir uns. Um volkstümlich zu sein, reichen nicht nur gelegentlich mildes Lächeln, oder gar Hohn und Hass, Schimpf und Schande.“

Wem nutzt aber das in den „Ost-Sendungen“ zu oft praktizierte selektive Geschichtsverständnis? Eine Antwort auf diese Frage blieb uns die mit der Beantwortung beauftragte Pressestelle schuldig. Nun, dort ist man vielleicht nur für Sender-Lob zuständig.

*Paul Jattke - Chemnitz*

### DER ROTE KLAUS GEHT AUF TOUR.

Diesmal mit einem Vortrag über „60 Jahre als Linker in Deutschland“ Eigentlich sollte ich jetzt am Schreibtisch sitzen und ein Buch schreiben - über meine Lebensgeschichte. Als Linker. Erst in der SPD, dann in der illegalen KPD von Max Reimann. Schließlich in der DKP und heute in der LINKEN. Nur am Schreibtisch sitzen ist nicht mein Ding. Ich bin lieber dicht bei den Menschen, meinen Genossen. Und deshalb habe ich mich entschieden, das, was ich eigentlich niederschreiben sollte, vor Ort zu erzählen. Ich geh' also wieder auf Tour. Ich würde auch zu Euch kommen. Ich werde Eure Parteiversammlung lebendig gestalten. Was brauch' ich für so einen Besuch? Fahrgeld, eine Übernachtungsmöglichkeit und satt muss ich werden. Ihr erreicht mich: Klaus H. Jann, Düsseldorf Straße 16, 42489 Wülfrath, Telefon 02058/3651; E-Mail: [JannRORE@t-online.de](mailto:JannRORE@t-online.de)

## ANTIFASCHISTISCHER PROTEST GEGEN SS-VETERANEN-AUFMARSCH IN RIGA

Am Vormittag des 16. März 2014 protestierten Antifaschisten aus verschiedenen europäischen Ländern auf dem Freiheitsplatz in Riga gegen den geplanten Aufmarsch der SS-Veteranen und ihrer jungen Verherrlicher. Nachdem es noch am Vortag zu massiven und schikanösen Behinderungen gekommen war, trauten sich die lettischen Sicherheitskräfte nicht, dies am Sonntag zu wiederholen, da viele internationale Gäste und eine große Zahl von Pressevertretern anwesend waren.

Am Nationaldenkmal auf dem Freiheitsplatz legten die Antifaschisten, unter ihnen der Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) Vilmos Hanti, der Direktor des Simon Wiesenthal Zentrums, Efraim Zuroff, und Vertreter der Organisation „World Without Nazism“ aus verschiedenen Ländern, gemeinsam mit den lettischen SS-Gegnern Gebinde zu Ehren der Widerstandskämpfer und der Befreier Lettlands vom Faschismus nieder, bevor die SS-Veteranen ihren Aufmarsch starteten.

Unfreiwillig unterstützte die Polizei die Protestaktion, da sie die Antifaschisten an dem Platz festhielten, solange die Anhänger der SS vorbeizogen. Damit wurden die gut tausend Alt- und Neofaschisten mit den Transparenten der Antifaschisten, die diese in Lettisch und Englisch vorbereitet hatten, und den Fahnen der VVN-BdA, der FIR und anderer beteiligter Organisationen konfrontiert. „Dieser gemeinsame Protest gegen SS-Verherrlichung und Geschichtsfälschung ist ein wichtiges Signal europäischer Erinnerungskultur“, kommentierte Vilmos Hanti, Präsident der FIR, die Protestaktion.

*Ulrich Schneider - Generalsekretär der Federation Internationale des Resistans*

## HALBE SACHE - KOMPLETTES KAMEL?

Die Grünen im Sächsischen Landtag streben eine Neuregelung des Gesetzes über den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen an. Er soll künftig auch die Rolle von Funktionären der SED, der Massenorganisationen und Blockparteien erforschen und bewerten.

„Kaum ist über eine Sache Gras gewachsen, kommt bestimmt ein Kamel und frisst es wieder runter“, heißt ein arabisches Sprichwort. Hatte doch der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion gefordert, die Überprüfungs-Kompetenzen der Stasi-Behörde ein „Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution“ auf Massenorganisationen wie FDJ und FDGB wie auch Blockparteien auszudehnen. Eigentlich doch nur eine „halbe Sache“. Was ist mit den organisierten Kleingärtnern, den Philatelisten - Besitzer von Westbriefmarken oft gar? Der Kulturbund, die Pioniere, der DFD, das Rote Kreuz (vom Namen her schon verdächtig) und all die anderen vielen Vereine und Verbände, die da (unrechts-) staatstragend waren?

Immerhin: konnte man es doch als Stasi-Günstling gar zum Beauftragten dieser Kontroll-Behörde bringen, später selbst zum höchsten Repräsentant des Staates. Oder als FDJ-Sekretärin zur Kanzlerin. Schau an! Was doch aus mir, damals in gleicher Funktion, vielleicht noch hätte werden können.

Wie hatte sie doch gemeint, die Frau vom Arbeitsamt in Sachen Vermittlungs-Chance? „Wird schon sehr schwer werden wegen ihrer Staatsnähe.“ War ich doch in einem FDGB-Ferienheim als Kellner angestellt, dieser aber als „verbrecherische Organisation“ eingestuft worden. Staatsnähe!

Manchmal denk ich so bei mir: Vielleicht sollte man die Losung von damals solcherart aktualisieren und neu akzentuieren. So vielleicht: Was sind wir für ein Volk!

*Jürgen Böhm - Schöneck*

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern des Vogtlandboten, die im April ihren Geburtstag feiern können. Unsere besonderen Grüße gehen an jene, die einen „runden“ haben oder über 80 Jahre jung werden:

Dieter Bohmann	Klingenthal	01.
Heinz Discher	Plauen	05.
Joachim Möckel	Rebsgrün	11.
Werner Böttger	Plauen	13.
Gudrun Wagner	Plauen	13.
Helga Kasten	Plauen	19.
Inge Bille	Plauen	21.
Hermann Wolf	Klingenthal	21.
Willy Unger	Plauen	22.
Edeltraud Streit	Plauen	25.
J. Gruschwitz	Reichenbach	26.
Roland Müller	Plauen	30.

Wir wünschen allen eine gute Gesundheit und viel Glück und Zufriedenheit im neuen Lebensjahr!

## Der Vogtlandbote

### INTERESSANT?!

"Länder mit größerer Geschlechtergleichheit haben ein höheres Wirtschaftswachstum. Unternehmen mit mehr Chefinnen leisten mehr. Friedensabkommen, an denen Frauen beteiligt sind, halten länger. Parlamente mit höherem Frauenanteil verabschieden mehr Gesetze in Bereichen wie Gesundheit, Erziehung, Antidiskriminierung und Kinderhilfe. Die Beweise sind klar: Gleichheit für Frauen bedeutet Fortschritt für alle."

*Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon*

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.03.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.04.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 01.05.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.